



Doris Schröder-Köpf (MdL), Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, mit Landtagskollege Uwe Santjer sowie Landrat Kai-Uwe Bielefeld, Kreis-Sozialdezernent Friedhelm Ottens und Cornela Uppendahl (Hort Neu-Lummerland) (von rechts):

Foto: Reese-Winne

Ankommen möglich machen

Doris Schröder-Köpf im Fachgespräch: Wie gehen wir künftig mit Flüchtlingen und Zuwanderern um?

VON MAREN REESE-WINNE

CUXHAVEN. „Beim Ausländer- und Asylrecht passt kein Stein mehr auf den anderen. Da ist der Mensch auf der Strecke geblieben. Und das Asylbewerberleistungsgesetz ist eigentlich ein Ankommensverhinderungsgesetz.“ Doris Schröder-Köpf, Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, machte am Montag in Cuxhaven keinen Hehl daraus, dass das Land allein nur wenig bewirken kann, um den Umgang mit Zuwanderern endlich zu „entbürokratisieren“ und menschlicher zu machen.

SPD-Landtagsabgeordneter Uwe Santjer hatte seine Fraktionskollegin zu dem Fachgespräch ins Gemeindehaus der Martinikirche geholt. Zahlreiche Bürgermeister, Hauptverwaltungsbeamte und Vertreterinnen und Vertreter von Kirche, Kindertagesstätten sowie Flüchtlingsorganisationen aus dem ganzen Kreis nahmen an dem leidenschaftlich geführten Gespräch teil.

Als lokale Akteure zeichneten zunächst Landrat Kai-Uwe Bielefeld und Sozialdezernent Friedhelm Ottens ein Bild der Lage und der Anforderungen. Humanitär orientiert auf die Menschen zuzugehen, ihnen positiv entgegenzukommen, sei die Aufgabe, so Kai-Uwe Bielefeld. „Wir als Kreis al-

lein sind mit dieser Aufgabe völlig überfordert“, sagte Friedhelm Ottens, der eine Initiative zur Willkommenskultur angeschoben hat, „wir brauchen dafür die Unterstützung in den Gemeinden.“

Größte Herausforderungen seien die Sprache, die Mobilität, Integration vor Ort und Kita-Plätze. „Vor allem aber wollen wir die Flüchtlinge zu Bürgern machen.“

Dazu gehöre neben der Sprachförderung die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Patensysteme könnten das Einleben erleichtern. Begeistert sei er über die ausgestreckte Hand des Kreissportbunds: „Mein Anspruch ist, dass jedes Kind des Landkreises Mitglied in einem Verein wird.“

Einwanderungsreferat?

Friedhelm Ottens warf die Vision eines gemeinsamen Einwanderungsreferats von Stadt und Kreis Cuxhaven in den Raum, in dem beide Ausländerbehörden aufgehen und die Aufgaben um das Asylbewerberleistungsgesetz angesiedelt sein könnten. „Wir müssen die Sichtweise umdrehen.“

Bürokratie abzubauen und Ausländerbehörden serviceorientiert umzubauen forderte auch Doris Schröder-Köpf. Es müsse in die Köpfe geraten, dass Deutschland die Zuwanderung unbedingt

brauche und die Zuwanderung aus EU-Ländern nicht ausreiche: „Wir gehen dazu über, schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Kenntnisse der Flüchtlinge zu erfassen, damit ihre Kompetenzen für sie selbst und für uns nutzbar werden.“ Daneben sei es aber auch eine humanitäre Pflicht, Menschen aufzunehmen.

Unwürdige Bedingungen

Wie Susanne Puvogel von der Flüchtlingsinitiative Hagen stellte sie fest, dass die Abschiebung in EU-Länder nach „Dublin II“ (Abschiebung in das erste EU-Land, das sie betreten haben) in einigen Fällen höchst bedenklich ist: „Afrikaner nach Ungarn abzuschicken, wo der Rassismus teils Regierungsprogramm ist, ist problematisch. Da müsste mal kritisch hingeschaut werden und nicht nur in Länder außerhalb der EU.“ Auch Italien tue nicht das,

was es könne: „Nach aktuellen Gerichtsurteilen sollen Familien nicht mehr nach Italien abgeschoben werden, weil ihnen dort Obdachlosigkeit droht.“ Das Land Niedersachsen nutze seine Ermessensspielräume zugunsten der Menschen aus, versicherte sie.

Von allen Seiten, ob Kommunen oder Wohlfahrtsverbände, hörte sie den eindringlichen Appell, die Gelder aufzustocken. Versprechen möchte sie dennoch angesichts der 2020 anstehenden Kostenbremse nichts. Gefordert seien Bund und EU.

In einer Zeit, in der so viel „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (gegen Juden, gegen Muslime) nach außen geäußert werde wie lange nicht mehr, sei aber auch die Haltung wichtig. Sie selbst kündigte an, abends wieder bei einer Anti-Pegida-Kundgebung in Hannover für Mitmenschlichkeit einzustehen.

Der geringste Teil ist muslimisch

Die – wie Uwe Santjer – 2013 erstmals in den Landtag gewählte Doris Schröder-Köpf versieht das Amt als Landesbeauftragte für Migration ehrenamtlich neben ihren Aufgaben als Abgeordnete (Wahlkreis Hannover-Döhren). Zuständig ist sie für alle, die seit 1949 in Niedersachsen zugewandert sind, Spätaussiedler ebenso wie Gastarbeiter. Die größte Gruppe der Zuwanderer bestehe aus EU-Bürgern meist katholischen Glaubens, vor allem aus Polen, Italien und Spanien. Viele Afrikaner kämen aus evangelischen Glaubensrichtungen. „Der Islam ist in der Minderheit.“

Freiwillige bei der Stange halten

CUXHAVEN. Die Diskussion mit Doris Schröder-Köpf hätte durchaus noch deutlich länger gehen können. Hier einige Streiflichter.

▷ „Wir engagieren uns seit 30 Jahren für Flüchtlinge und werden auch mit Lust ausgegrenzt. Dabei haben wir viele Zeiten miterlebt, auch die harte Zeit Schünnemann. Gut ist auch jetzt nicht alles. Wir hoffen, dass dies kein Strohfeuer bleibt.“ (Virginia Stüben, Arbeitskreis Asyl Cuxhaven).

▷ „Der Landkreis sieht seine Aufgabe nicht darin, alle rauszuschicken, die reinkommen. Aber das Spannungsverhältnis bleibt: Wir müssen zum einen Gesetze vollziehen, zum anderen wollen und müssen viele Leute hierbleiben.“ (Kai-Uwe Bielefeld).

▷ „Freiwillige müssen den Behörden auf die Finger klopfen.“ (Karl-Heinz Zulkowski-Stüben, Arbeitskreis Asyl)

▷ „Eigentlich hinken die Kommunen den Freiwilligen hinterher. Die Kommunen bemühen sich vor allem, Wohnraum zu schaffen, denn die Leute können nicht auf dem letzten Bauernhof untergebracht werden. Wir müssten da mit viel höherer Geschwindigkeit rangehen und Sie die Mittel dafür ranholen. Wenn uns die Freiwilligen abspringen, haben wir ein richtiges gesellschaftliches Problem.“ (Harald Zahrt, Samtgemeindebürgermeister Land Halden)

Immer mehr Zuweisungen

▷ „Lange tritt seit 2013 mit immer mehr freiwilligen Leistungen ein, obwohl auch wir einem Zukunftsvertrag unterliegen. Flüchtlinge werden uns immer mehr und immer schneller zugewiesen. Nehmen Sie bitte mit, dass das größte Problem die Unterfinanzierung dieser Leistungen ist.“ (Thorsten Krüger, Bürgermeister Geestland, davor Langen)

▷ „Man möchte nicht in der Haut derer stecken, die auf der anderen Seite des Schreibtisches sitzen. Die Leute auf den Ämtern machen ihren Job, sie sind angewiesen auf ein Gesetz, das ihnen den eigenen Anspruch auf Menschlichkeit möglich macht.“ (Uwe Santjer, Organisator). Santjer kündigte eine Wiederholung dieser großen Runde an.